

# 2030 Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik Auf dem Weg zu einer europäischen Klima- und Energiepolitik

## Zusammenfassung

Als der Europäische Gewerkschaftsverband, der die Interessen von 7 Millionen Arbeitern aus verschiedenen Wertschöpfungsketten repräsentiert, besteht industriAll European Trade Union auf die **Wichtigkeit der wirtschaftlichen, industriellen und sozialen Dimension von Klima- und Energiepolitik in Europa.**

Alle politischen Maßnahmen in diesem Zusammenhang müssen zielorientiert sein und die aus einer Europäischen Klima- und Energiepolitik entstehenden Lasten müssen auf sozial gerechte Weise zwischen verschiedenen Mitgliedsstaaten, sowie zwischen Haushalten und Industrie, verteilt werden.

**Energie ist eine strategisch entscheidende Ressource für die Industrie** und Energiepolitik ist ein wichtiges Mittel um Europas Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und eine Grundlage für die Reindustrialisierung der EU zu bilden. IndustriAll Europe ist davon überzeugt, dass im Zuge der Modernisierung von Europas Energieinfrastruktur, dringend Investitionen und Innovationen benötigt werden.

Die größten Herausforderungen, die in diesem Zusammenhang angegangen werden müssen, sind

- **Energie für alle Verbraucher bezahlbar zu halten** und **Versorgungssicherheit** zu garantieren,
- auf **Europas Unabhängigkeit von importierten Energiequellen** hinarbeiten,
- in die **Energieinfrastruktur, die Modernisierung der Netzwerke** und die **Konnektivität** zu investieren,
- sowie die Risiken für die **industrielle Beschäftigung**, im Zusammenhang mit der Energiewende, anzugehen.

Mit Blick auf das 2030 Rahmenwerk der EU, befürwortet IndustriAll Europe

- das **Ziel den Ausstoß von Treibhausgasen um 40% zu reduzieren**,
- ein Europäisches Ziel von **30% erneuerbarer Energien** im Energiemix
- und eine **Steigerung der Energieeffizienz um 30%**.

Diese Ziele sollten verbindlich sein und, unter Berücksichtigung der geografischen, wirtschaftlichen und sozialen Charakteristiken der Mitgliedsstaaten, in nationale Ziele aufgeteilt werden. Das primäre Ziel einer Europäischen Klima- und Energiepolitik muss es sein, einen **gerechten wirtschaftlichen Wandel zu erreichen, der Synergieeffekte zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Entschärfung des Klimawandels und qualitativer Beschäftigung erzeugt!** IndustriAll besteht darauf, dass soziale und ökologische Ziele nicht gegeneinander ausgespielt werden sondern in der Schaffung einer nachhaltigen und sozial gerechten Europäischen Wirtschaft gleichwertig in Betracht gezogen werden.

## Einleitung

Die industrielle Beschäftigung in Europa steht unter enormen Druck. Die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit ist noch nicht ausgestanden. In Europa sind über 4 Millionen Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, einschließlich der energieintensiven Sektoren, krisenbedingt verloren gegangen.

**Energie ist strategisch eine entscheidende Ressource für die Industrie.** Energiepolitik ist ein Schlüsselinstrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und zur Schaffung einer soliden Basis für die Reindustrialisierung. Trotz der verschiedenen Energiequellen (Erdöl, Gas, Kohle und Elektrizität), für die je nach Ursprung und europäischem Land unterschiedliche Preise gelten, ist der durchschnittliche Energiepreis in der EU deutlich höher als in anderen industrialisierten Regionen, beispielsweise in Nordamerika. Außerdem müssen die Folgewirkungen der EU-weiten Liberalisierung der Energiemärkte in Erwägung gezogen werden. Da der öffentliche Anteil zurückgeht, treten Aktionärsinteressen in den Vordergrund.

**Energieeffizienz** ist entscheidend um die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrie zu erhalten und zu stärken. Dafür sollte es auch europaweite quantifizierbare Ziele geben, wie für die **Reduktion der Treibhausgasemissionen** und die **Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energie**. Mittels einer klugen Energiepolitik können wir die schädlichsten Effekte des Klimawandels vermeiden, aber gleichzeitig sollten wir Energiepolitik als ein unabhängiges Politikfeld ansehen, das von größter Bedeutung für Beschäftigung ist und das Auswirkungen auf die Kaufkraft unserer Mitglieder hat.

Die Europäische Union muss Antworten finden, die dringende Umweltfragen angehen sowie die Industrieproduktion und Beschäftigung in Europa sichern. IndustriAll Europe ist der Meinung, dass Investitionen in die Anpassung der europäischen Energieinfrastruktur an die Energiewende und diesbezügliche Reformen erforderlich sind, um so die Voraussetzung für einen nachhaltigen und gerechten Übergang sowie die Modernisierung der europäischen Industrie zu schaffen. Es bedarf insbesondere gezielter Maßnahmen im Hinblick auf eine Stärkung nachhaltiger und europäischer Energieressourcen, eine Verbesserung der Verbundfähigkeit, den Aufbau von Energiespeicherkapazitäten und die Gewährleistung langfristiger Planungssicherheit für die europäische Industrie. Europa braucht einen langfristigen Fahrplan für eine Europäische Energiegemeinschaft, der auch Schritte hin zu einem gemeinsamen Energiemarkt. Energiepolitik muss im Einklang mit anderen EU-Politiken stehen. Energie- und Industriepolitik und die entsprechenden Programme sollten harmonisiert werden. Jüngste geopolitische Entwicklungen in der Ukraine sowie im Nahen und Mittleren Osten müssen ebenfalls genau verfolgt werden und zeigen die Probleme der Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern auf.

## Die Herausforderungen

**Die größten Herausforderungen für die europäische Energiepolitik sind:**

1. Förderung des Zugangs für die gesamte Bevölkerung und Industrie zu **erschwinglichen Preisen**
2. **Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung** mit dem Ziel der Reduzierung fossiler Energieträger
3. **Förderung der europäischen Unabhängigkeit** im Hinblick auf Energiekapazitäten, die eine Verbesserung des Außenhandels ermöglicht

4. **Investitionen in die Modernisierung der Energieinfrastruktur** und Verteilernetze um in der Lage zu sein, auf die erforderlichen CO<sub>2</sub>-Reduzierungen sowie die Entwicklung der Industrie und Beschäftigung zu antworten.
5. **Entwicklungen im Bereich der Grid-Technologie und –Konnektivität**
6. **Die Risiken eines Energietransformationssystems auf industrielle Beschäftigung bewältigen**

Die Kommission hat in einer Mitteilung [KOM(2012) vom 10. Oktober 2012] ihre Absicht bekundet, den sinkenden BIP-Anteil der europäischen Industrie von derzeit 16 % des BIP bis zum Jahr 2020 auf 20 % zu steigern. IndustriAll Europe unterstützt den Erhalt und die Weiterentwicklung der europäischen Industrie, da sie in allen Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen Union Arbeitsplätze sichert. Ein europäischer Rahmen für die Klima- und Energiepolitik sollte die Verpflichtung der EU zur Sicherung und Stärkung ihrer industriellen Basis bekräftigen und gleichzeitig Effizienz und Modernisierung fördern, Forschung, Innovation und Entwicklung neuer Technologien unterstützen und die Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen verhindern.

## Politischer Kontext

IndustriAll Europe, der europäische Gewerkschaftsverband, der die Interessen von sieben Millionen Beschäftigten entlang der gesamten Lieferkette vertritt, unterstreicht die Bedeutung der sozialen Dimension der Klima- und Energiepolitik in Europa.

Es bedarf einer verstärkten Koordinierung auf europäischer Ebene, um die Wirkung und Effizienz der Maßnahmen sowie eine sozial gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Privathaushalten und der Industrie zu gewährleisten.

Im Hinblick auf die 2015 in Paris stattfindende Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (COP 21) anerkennt industriAll Europe den Vorschlag der Europäischen Kommission bezüglich eines Rahmens für die Klima- und Energiepolitik bis 2030, der weiter auf das Prinzip der Festlegung von drei quantitativen Zielen für die Verringerung der Treibhausgasemissionen (THG), den Bau von EE-Anlagen und die Verbesserung der Energieeffizienz setzt.

IndustriAll Europe weist auch darauf hin, dass die EU nur für 11 % der weltweiten Treibhausgase verantwortlich ist. Das bedeutet, dass nur 5 % der globalen THG-Emissionen dem EHS-System unterliegen. Deshalb bedarf es einer globalen Vereinbarung über glaubhafte THG-Verringerungen, um den Klimawandel zu stoppen.

## industriAll European Trade Union unterstützt

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag bezüglich eines Rahmens für die Energiepolitik bis 2030 und dem Ziel zur Reduzierung der Emissionen bei gleichzeitiger Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt industriAll Europe:

- ein allgemeines **Ziel zur Verringerung der Treibhausgasemissionen** um mindestens 40 % gegenüber dem Niveau des Jahres 1990;
- ein europäisches **Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix auf letztlich mindestens 30 % zu erhöhen**, in Kombination mit verbindlichen nationalen Zielen unter

Berücksichtigung der geografischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten;

- ein **Ziel zur Steigerung der Energieeffizienz um 30 %** gegenüber dem Niveau des Jahres 2005 (Reduzierung des Primärenergieverbrauchs), in Kombination mit verbindlichen Zielen für die Mitgliedstaaten.

Wenn es um die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie im Hinblick auf den Energiemix und die Steigerung der Energieeffizienz geht, sollten immer wissenschaftliche Beweise vorliegen, um die Entscheidung zu unterstützen. Der Schritt hin zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft sollte so kosteneffizient wie möglich erfolgen. Anderenfalls könnte Europa im Vergleich mit anderen Wirtschaften noch mehr an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die Verabschiedung eines Regelwerks für die Zeit bis 2030 durch die Europäische Union ist eine wichtige Voraussetzung für den Abschluss eines internationalen Abkommens im Jahr 2015 in Paris, aber auch eine wirtschaftliche, soziale und politische Notwendigkeit für ein stark von Energieimporten (hauptsächlich fossile Brennstoffe) abhängiges Europa, das die inländische Produktion stärken muss.

## Europas Beitrag zu einer globalen Vereinbarung

Die Konferenz der Vereinten Nationen in Paris muss ein globales Abkommen zuwege bringen, das in Bezug auf die Verringerung der Treibhausgasemissionen ehrgeizig genug ist, um die Erderwärmung unterhalb der kritischen Zwei-Grad-Marke zu halten. Wenn es kein globales Regelwerk zur Schaffung weltweit gleicher Wettbewerbsbedingungen gibt, sind die Anstrengungen der klimapolitischen Vorreiter angesichts der dem aktuellen Wirtschaftssystem inhärenten Wettbewerbszwänge zum Scheitern verurteilt.

Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 muss einem ganzheitlichen Ansatz folgen und die Ziele zur Bekämpfung des Klimawandels mit den Anforderungen in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit in Europa sowie der Notwendigkeit zur Verringerung der Abhängigkeit der EU von Energieimporten in Einklang bringen.

Nur ein zuverlässiger politischer Rahmen für die Zeit bis 2030 kann Investitionen in Europa gewährleisten und fördern. Gesamteuropäische Ziele sollten in verbindliche nationale Ziele übertragen werden, einschließlich sektoraler und zwischenzeitlicher (2025) Teilziele und Bewertungen in Bezug auf die Kapazität und Energieinfrastruktur der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die Ziele sollten jedoch nicht einseitig sein und müssen im Vergleich zu den anderen Volkswirtschaften realistisch sein. Dazu wird die EU die entsprechenden Handelsbeziehungen mit Drittländern an die Einhaltung der im Rahmen für die Zeit bis 2030 festgelegten Ziele knüpfen müssen.

## Gewerkschaftlicher Ansatz

Die aktuelle Krise des europäischen Wirtschaftsmodells, das auf ständig steigendem Verbrauch basiert, hat eine europäische Energiepolitik erst erforderlich gemacht. Energiepolitische Überlegungen müssen von einem grundlegenden Wandel dieses Modells ausgehen, und diese wirtschaftliche Umstellung bedeutet eine Verringerung des Rohstoff- und Energieverbrauchs. Geringerer Verbrauch, eine längere Produktlebensdauer und Recycling sind wesentliche Faktoren, um dieses Konzept voranbringen und eine stärkere und nachhaltigere europäische Wirtschaft zu schaffen.

Nach Ansicht von industriAll Europe ist eine **umfassende Energiepolitik** von wesentlicher Bedeutung. Diese muss auf langfristigen, technisch wie auch wirtschaftlich machbaren Zielen sowie auf einem Regelwerk beruhen, das für Klimaschutzverpflichtungen, erschwingliche Energiedienstleistungen und Versorgungssicherheit sorgen kann.

Umfangreiche **Investitionen** in den Erhalt der bestehenden Energieerzeugungsinfrastruktur wie auch in eine Smart-Grid-Infrastruktur und lokale erneuerbare Energiequellen sind erforderlich, um die Versorgung der europäischen Industrie wie auch der Privathaushalte mit bezahlbarer Energie zu gewährleisten.

Gleichzeitig ist es weiterhin notwendig, in **Brückentechnologien**, die ausreichend flexible Stromproduktion gewährleisten, zu investieren und auch die Veränderungen des Qualifikationsbedarfs am Arbeitsmarkt in allen Sektoren zu antizipieren. Der Optimierung und dem Einsatz heimischer europäischer Energieträger und -netze muss Vorrang eingeräumt werden vor Importen, die einen größeren ökologischen Fußabdruck verursachen. Lebenszyklusanalysen im Hinblick auf Emissionen sollten für alle wichtigen politischen Entwicklungen durchgeführt werden. Die Einbeziehung der Sozialpartner in den Entscheidungsprozess ist von entscheidender Bedeutung.

## Ein gerechter Übergang und industrielle Transformation

Energie- und Industriepolitik sind eng miteinander verbunden und sollten sich gegenseitig ergänzen, um einen schrittweisen und sozial gerechten Übergang zu einer ökologisch effizienten Modernisierung der Industrieproduktion in ganz Europa zu gewährleisten, die soziale Härten durch Antizipation vermeidet.

- Die Neuorganisation der europäischen Industrie und insbesondere ihres Energiesektors ist eine hochsensible Angelegenheit. Es müssen **Investitionen in neue und gute Arbeitsplätze, Umschulungen und Entschädigungen für die Beschäftigten und Regionen**, die als Konsequenz vor gewaltigen Herausforderungen stehen, bereitgestellt werden. Es ist unrealistisch zu erwarten, dass Europa bestimmte industrielle Aktivitäten ersatzlos aufgibt. Es gilt insbesondere die Verlagerung von Emissionsquellen und Investitionen zu verhindern. Durch die Entwicklung der europäischen oder nationalen Energiepolitik verursachte Veränderungen der beruflichen Laufbahn müssen Thema der Verhandlungen in den sektoralen Sozialdialogausschüssen sein.
- Im Rahmen des EU-Regelwerks **sollte jeder einzelne Mitgliedstaat** unter Berücksichtigung von nationalem Energiebedarf, Industriestruktur, Energieintensität der Produktion, Lage sowie natürlichen Gegebenheiten und Ressourcen **seine eigene Energiepolitik umsetzen bzw. seinen Energiemix bestimmen können**. Nichtsdestotrotz ist industriAll Europe der Auffassung, dass eine verstärkte Kooperation im europäischen Rahmen zwischen den Mitgliedsstaaten in der Energiefrage unerlässlich ist.
- Angesichts der Tatsache, dass die Energiekosten in einigen Sektoren die Arbeitskosten bei weitem übersteigen (im Glassektor entfallen rund 40 % der Produktionskosten auf den Posten Energie), muss die europäische Energiepolitik der EU ermöglichen, ihren Klimaschutzverpflichtungen nachzukommen und das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch abzukoppeln, und gleichzeitig das Problem der steigenden Energiekosten anzugehen.

- **Die finanziellen Auswirkungen auf den normalen Verbraucher sollten beschränkt werden und Energiearmut muss bekämpft werden.** Ein universeller Zugang zu grundlegenden Energiedienstleistungen muss für alle in Europa lebenden Menschen sichergestellt werden, insbesondere durch entsprechende Sozialtarife und öffentliche Investitionen.
- **Die Unterstützung von Unternehmen, die direkt von hohen Energiepreisen betroffen sind, sollte ebenfalls erwogen werden.** Energieintensive Sektoren sind besonders anfällig für hohe Energiekosten, da die Preise auf internationaler Ebene festgelegt werden und nicht an die Endnutzer weitergegeben werden können. Erzeuger aus Drittländern mit niedrigeren Strompreisen genießen daher einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Unternehmen aus der Europäischen Union. Diese komplexe Situation birgt die Gefahr von Standort- oder CO<sub>2</sub>-Emissionsverlagerungen, was zu ständig steigenden Importen aus Ländern und Regionen mit weniger strengen Energie- und Klimaschutzgesetzen führt, ganz zu schweigen von den Arbeitnehmerrechten. Europa muss daher auf die Sicherstellung seiner Energieautarkie drängen und seine Energieversorgung diversifizieren. Der Schwerpunkt muss dabei auf EU-internen Lösungen – strategische Planung, erneuerbare Energien (EE), Energieeinsparungen und -effizienz sowie intelligente und diversifizierte Technologien – liegen. Sollte Europa allerdings eine kohlenstofffreie Energiepolitik verabschieden können, durch die Energiepreise beginnen zu sinken sowie doppelte Klimabesteuerung und die Verlagerung von Emissionsquellen verhindert wird, wäre zusätzliche Unterstützung durch Tarife nicht länger erforderlich.
- Die Entwicklung der Energiepreise verursacht in immer mehr privaten Haushalten in den EU-Mitgliedsstaaten Energiearmut. industriAll Europe ist der Auffassung, dass die EU die Mitgliedsstaaten dazu ermuntern muss, Maßnahmen zu ergreifen, um Haushalte in einer solchen Situation finanziell zu unterstützen und durch freiwillige Maßnahmen, wie zum Beispiel Renovierung der Wohnräume einen Ausweg aus dieser Prekarität aufzuzeigen.
- Die Herausforderungen für die Energiepolitik, einen Beitrag zu einem sozial gerechten Übergang beizutragen, sind daher mannigfaltig: Erstens gilt es, durch ein europäisches System den Zugang zu bezahlbaren Preisen zu wahren. Zweitens muss Europas Vorreiterstellung im Bereich der Energietechnik sichergestellt werden, und schließlich sind die europäischen Klimaziele zu erreichen und ist ein weltweites verbindliches Abkommen abzuschließen. Für energieintensive Produktionsunternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, ist bei einem wesentlichen Anstieg des CO<sub>2</sub> Preises sicher zweckmäßig, wenn andere Wirtschaftsräume vergleichbare Maßstäbe setzen. Deshalb ist ein internationaler Klimaschutzvertrag wichtig.

## Wettbewerbsfähigkeit und Energie- und Industriepolitik

Die EE-Entwicklung und -Einführung wird zwar neue Wachstumsmärkte und (aufgrund der höheren Arbeitsintensität von Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien oder Energieeffizienz) in vielen Industriesektoren neue, hochwertige Arbeitsplätze schaffen, die Festlegung von EE-Zielen muss jedoch nationale Realitäten im Zusammenhang mit Wirtschaftlichkeit und Effizienz der erneuerbaren Energien widerspiegeln.

**Energieeffizienz** muss größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da dies der günstigste und wirksamste Ansatz ist, um die THG-Emissionen zu reduzieren, den europäischen Energiesektor zu



entwickeln, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die Sektoren, die nicht unter das EHS fallen, müssen stärker in die Bemühungen zur Steigerung der Gesamtenergieeffizienz Europas eingebunden werden.

Die **Zusammenschaltung der Netze** und die Verwirklichung des Energiebinnenmarktes mit der Schaffung einer Energieunion sind von entscheidender Bedeutung, bei gleichzeitiger Reduzierung der Energieverluste auf ein Minimum. IndustriAll Europe ist überzeugt, dass eine Steigerung der Energieeffizienz dazu beiträgt, die Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu verbessern, der europäischen Industrie einen Vorreitervorteil verschafft und neue Arbeitsplätze schafft.

Wettbewerbsfähigkeit ist ohne **hoch qualifizierte und kompetente Beschäftigte** natürlich nicht zu erreichen. Die Modernisierung des Energiesystems, die verstärkte Einbindung erneuerbarer Energien und die Entwicklung neuer, energieeffizienter Technologien in unseren Industrien müssen einher gehen mit massiven Investitionen in die Stärkung der Aus- und Weiterbildung unserer Arbeitskräfte, der Garantie angemessener Bezahlung und stabiler Arbeitsbedingungen für unsere Beschäftigten.

Die **Erschwinglichkeit von Energie** ist für die energieintensiven Industriezweige ein entscheidender Faktor. Es wäre inkohärent, der Industrie Einschränkungen aufzuerlegen, und gleichzeitig auf importierte Produkte zurückzugreifen, für die genau diese Einschränkungen nicht gelten.

Eine langfristige **Strategie in Bezug auf einheitliche europäische Normen** und die Förderung von Energietechnologien ist erforderlich, einschließlich der Harmonisierung von Gesetzen und Normen, um die Verwirklichung des Binnenmarktes für Energie und Energietechnologie zu unterstützen.

Es muss eine **zuverlässige Netzinfrastruktur** aufgebaut werden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dazu bedarf es der Modernisierung und des Ausbaus der Netze, unterstützt durch beschleunigte Genehmigungsverfahren, der Weiterentwicklung und europaweiten Vereinheitlichung der Smart-Grid-Technologie, einer Sanierung oder Ersetzung überalterter und ineffizienter Kraftwerke, um so einen kräftigen Impuls für die Gewinnung erneuerbarer Energien zu geben. Für die Finanzierung der Netzwerke müssen auch die privaten Gas- und Stromunternehmen aufkommen.

## Zukunftsperspektiven

Die Fertigungsindustrie, insbesondere Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung, muss in ganz Europa aufrechterhalten und gestärkt werden. Neue Technologien können in einer breiten Palette bestehender Industriestrukturen als Innovationstreiber wirken.

Die Schaffung eines für **Forschung und Innovation** günstigen wirtschaftlichen Umfelds ist dazu unerlässlich.

- Hierzu zählen auch umfassende und koordinierte rechtliche Rahmenbedingungen, die Investitionssicherheit gewährleisten und verstärkte Investitionen in Forschung und Innovation ermöglichen.

- Mehr öffentliche Unterstützung und öffentlich-private Partnerschaften sind zur Förderung von Forschung und Innovation ebenfalls von entscheidender Bedeutung.
- Viele traditionelle Sektoren (wie z. B. Stahl, NE-Metalle, Chemie, Automobil, Schiffbau usw.) haben bereits große Innovationsfähigkeit gezeigt und/oder haben komparative Vorteile, die optimal genutzt werden sollten. Die Maßnahmen ausschließlich auf neue Hightechaktivitäten zu konzentrieren, wäre daher der kontraproduktive Weg. Gleichzeitig müssen Maßnahmen umgesetzt werden, um eine kontinuierliche Stärkung des Innovationspotenzials und den Kontakt zu den Schlüsselindustrien zu gewährleisten. Dieser Prozess bedeutet einen schrittweisen Übergang hin zu einem innovativen, neuen Industrieparadigma, das auf den bestehenden Industriestrukturen in Europa aufbaut.
- Fortschritte im Bereich der häuslichen, gewerblichen und industriellen **Energieeffizienz** lassen auf sich warten. Die Steigerung der Energieeffizienz ist der kostengünstigste Weg zur Emissionsreduzierung. IndustriAll Europe fordert daher starkes politisches Engagement vonseiten der nationalen Regierungen und der EU, um Europa zum Vorreiter in Sachen Energieeffizienz zu machen und um Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit abermals zu gewährleisten. Insbesondere sollten Verbesserungen in den Bereichen Transport, Beheizung von Wohnräumen und Kreislaufwirtschaft in Erwähnung gezogen werden.
- Die richtigen Anreize zu schaffen, ist hierbei von entscheidender Bedeutung. **Emissionsgebühren** haben die Einführung kohlenstoffemissionsarmer Technologien bislang nicht in ausreichendem Maße vorangebracht. Einige Mitgliedstaaten haben mit einer Gewährung sektorspezifischer Unterstützung geantwortet, aber kürzen die Förderungsprogramme für erneuerbare Energien und der Zugang zu Finanzmitteln gestaltet sich vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise entsprechend schwieriger. IndustriAll Europe erachtet den **EHS-Rahmen** als ein Instrument, um die Emissionsminderungsziele der EU sowie eine Wiederbelebung und Modernisierung der Industrie zu erreichen. Der Emissionshandel muss dahingehend reformiert werden, dass die Zuteilung kostenloser Emissionszertifikate zu einem Wettbewerb um Effizienz- bzw. Produktivitätssteigerungen sowie technologischem Fortschritt führt, welcher sich in einer Emissionsreduzierung je Produktionseinheit niederschlägt. Das EHS-System sollte in einer Art und Weise umgesetzt werden, die die Existenz energieintensiver Industrie in Europa nicht gefährdet. Eine CO<sub>2</sub>-Kompensation muss für alle Industrien gewährleistet werden, die unter der Doppelbesteuerung durch das EHS-System leiden (betrifft Unternehmen in Ländern mit einer CO<sub>2</sub>-Steuer). Zufallsgewinne sollten im System ausgeschlossen werden. Einnahmen aus der Versteigerung von EHS-Zertifikaten sollten stattdessen für Forschung und Entwicklung und Innovation zugunsten der unter das System fallenden Industriesektoren genutzt werden, um so die technologische Entwicklung zu unterstützen. Das NER-300-Programm ist ein vielversprechendes Projekt, das ausgeweitet werden muss.
- Schließlich könnte das Emissionshandelssystem zu einem weltweit angewandten Instrument entwickelt werden und so für fairen internationalen Wettbewerb sorgen. Es muss jedoch auf Unzulänglichkeiten des gegenwärtig geltenden Systems hingewiesen werden, die zu beheben sind, um Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit für alle Akteure zu gewährleisten. Aus diesem Grund muss die EU gewährleisten, dass die wichtigen Erfolgsbausteine der Wettbewerbsfähigkeit in der Reform des EHS aufgegriffen werden.



Vorschläge bezüglich der Klimaziele für das Jahr 2030 dürfen sich nicht nur von der langfristigen Funktionsfähigkeit des EHS und dem gewünschten CO<sub>2</sub>-Preis – verbessert im Rahmen der Kontrolle und Regulierung durch die zuständigen Stellen – leiten lassen, sie müssen auch die unmittelbaren Beschäftigungseffekte auf einem bereits krisengeschüttelten europäischen Arbeitsmarkt berücksichtigen. Als letztes Mittel sollten Grenzausgleichsmaßnahmen oder eine Steuer auf den CO<sub>2</sub>-Gehalt von Importgütern in Betracht gezogen werden.

- IndustriAll Europe unterstützt den konsequenten **Ausbau der erneuerbaren Energien** in Hinblick auf einen schrittweisen und dauerhaften Übergang durch die Entwicklung eines ausgewogenen Energiemixes, unter Beachtung ökologischer Belange und der Frage nach Zugang zu Energie für alle. Es müssen unterschiedliche Arten von erneuerbaren Energien wie Biomasse, Biokraftstoff, Holz, Sonnen-, Wellen- und Windenergie, Schwarzlauge, Abfall, Torf usw. berücksichtigt werden. Gleichzeitig gilt es, in diesem wirtschaftlichen Transformationsprozess intelligente Entscheidungen zu treffen, um insbesondere zusätzliche Investitionen in den Energiesektor sicherzustellen.
- In Anbetracht der bestehenden Grenzen des Verfahrens und im Hinblick auf die mittel- oder langfristige Einbindung erneuerbarer Energien in das System ist eine Weiterentwicklung der **CCS-Technologie** (CO<sub>2</sub>-Abscheidung und –Speicherung und dessen Wiederaufbereitung vonnöten, um für eine ökologische Nachhaltigkeit konventioneller Energieträger zu sorgen und die Energieversorgung sowie das Gleichgewicht im europäischen Stromnetz zu gewährleisten.
- Gleichzeitig müssen **bestehende Hindernisse beseitigt werden**, um den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix zu erhöhen. Dazu bedarf es einer modernisierten Energieinfrastruktur, das heißt erneuerte und ausgebauten Energieübertragungsnetze und -speicheranlagen, um die erneuerbaren Energien in das konventionelle Stromsystem einzubinden. Wobei auch die regulatorischen Aspekte der Integration von Strom aus erneuerbaren Quellen in die Netze sowie die Bereitstellung von Reservekapazitäten zu berücksichtigen sind, um Schwankungen bei der Erzeugung erneuerbarer Energien auszugleichen. Es muss auch verhindert werden, dass effiziente konventionelle Kraftwerke abgeschaltet werden.
- Die Förderung von erneuerbarer Energie muss auf Kosteneffizienz und Verteilungswirkung hin analysiert werden.

IndustriAll Europe wird genau beobachten, wie sich die europäische und nationale Klima- und Energiepolitik in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung neuer Technologien in der gesamten Industrie auswirkt. IndustriAll Europe ist für die Einsetzung einer europäischen Energieagentur mit der Aufgabe der Steigerung des langfristigen Wertes von Einkaufsgemeinschaften, der Versorgungssicherheit und der Interkonnexion der Netze, um Stromausfälle zu vermeiden.

Schließlich brauchen wir eine ehrgeizige **Agenda für die Förderung von Forschung und Innovation** in Europa. Wirksame Forschungs- und Innovationspolitik ist für die Entwicklung von und Investitionen in energieeffiziente Technologien, erneuerbare Energien sowie intelligente Netze und Speicheranlagen, die Schwankungen bei erneuerbaren Energiequellen ausgleichen können, von entscheidender Bedeutung.

Die Industrie in Europa benötigt eine unabhängige, effiziente und bezahlbare Energiepolitik, um entsprechende Modernisierungen durchzuführen und ihre Rolle als Rückgrat und Motor für die Wirtschaft der EU wahrzunehmen. Eine **europäische Energiegemeinschaft** sollte daher in Betracht gezogen werden. Investitionen in die Qualifizierung der Beschäftigten und die Antizipation des Qualifikationsbedarfs sind diesbezüglich vorrangig. Ohne hoch qualifizierte Beschäftigte, die im Rahmen der Entwicklung und Herstellung hochwertiger Produkte die Energie- und Rohstoffeffizienz sowie die Bekämpfung des Klimawandels voranbringen, ist jeder Versuch Europas, seine Wirtschaft zu transformieren, zum Scheitern verurteilt.

## Schlussfolgerung

**Klima- und Energiepolitik sollte auf einen gerechten wirtschaftlichen Übergang hinarbeiten umso Synergien zwischen den Zielen Wettbewerbsfähigkeit, Eindämmung der globalen Erwärmung und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze herzustellen. Zur Schaffung einer nachhaltigen und sozial gerechten europäischen Wirtschaft dürfen soziale und ökologische Zielsetzungen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen in europäische und internationale Klimapolitik integriert werden, dazu gehören Fragen der Beschäftigung – sowohl quantitativ als auch qualitativ -, der Ausbildung, Mitbestimmung, soziale Absicherung und ArbeitnehmerInnenrechte. Nur wenn der Begriff „gerechter Übergang“, eine sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels, in die Praxis umgesetzt wird, werden die ArbeitnehmerInnen einen ökologisch nachhaltigen Umbau der europäischen Wirtschaft akzeptieren.**